

Antrag

der Länder Hessen und Schleswig-Holstein

zur

Entschließung des Bundesrates zu Drogen im Straßenverkehr

- Antrag des Freistaates Bayern -

Punkt 67 der 672. Sitzung des Bundesrates am 8. Juli 1994

Der Bundesrat möge die Entschließung wie folgt fassen:

"Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich wissenschaftliche Untersuchungen beziehungsweise bereits begonnene Forschungsarbeiten zu intensivieren, durch welche der Einfluß der verschiedenen Drogen auf die Fahrsicherheit untersucht wird. Hierbei sind die Auswirkungen von Betbungsmitteln im Sinne des BtMG sowie von legalen Drogen wie Psychopharmaka und sonstigen Medikamenten zu erforschen. Zu klären ist, wie diese Substanzen einerseits jeweils gesondert, andererseits in der Wechselwirkung untereinander und in Kombination mit Alkohol schädlich auf die Sicherheit des Straßenverkehrs einwirken. Zugleich sind Bemühungen energisch voranzutreiben, für die Praxis der Polizei geeignete Schnellnachweisverfahren zu entwickeln.

Der Bundesrat bekräftigt jedoch seine Auffassung, daß in § 24 a StVG das Maß der nicht mehr zu tolerierenden alkoholischen Beeinflussung von 0,8 auf 0,5 ‰ gesenkt werden soll."

Begründung (nur gegenüber dem Plenum)

Es gibt Anzeichen für eine zunehmende Gefährdung der Sicherheit des Straßenverkehrs durch Verkehrsteilnehmer unter Einfluß von Betbungsmitteln im Sinne des BtMG und sonstigen psychisch wirksamen Substanzen. Es sind daher durch breit angelegte und beschleunigt durchgeführte wissenschaftliche Untersuchungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, mit dem Erlaß geeigneter Straf- und Ordnungswidrigkeitsbestimmungen die Teilnahme am

Ausgeliefert am 07. JULI 1994 ...

42013/94

Straßenverkehr nach dem Konsum sämtlicher die Fahrsicherheit gefährdender Substanzen weitestmöglich zurückzudrängen. Auf der Basis der derzeit vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse ist der Erlass zugleich wirksamer und rechtsstaatlich bedenkenfreier Rechtsvorschriften noch nicht möglich. Denn es fehlt im Gegensatz zum Blutalkohol am gesichertem Wissen über die konkreten Zusammenhänge zwischen dem Konsum der verschiedenen legalen und nicht legalen psychisch wirksamen Substanzen und der Fahrsicherheit. Insbesondere sind die Auswirkungen der verschiedenen Opiate auf die Fahrsicherheit, wobei vorrangig die Abgrenzung zu ärztlich verordneten Medikamenten, auch bei Methadon-Substitution, zu untersuchen ist, noch nicht hinreichend erforscht. Nachweis- und Wirkungsdauer sind nach jetzigem Erkenntnisstand nicht identisch.

Ein Tatbestand, der eine Ordnungswidrigkeit allein an den Nachweis von Betäubungsmitteln im Sinne des BtMG im Blut knüpft, wäre daher zu weit und unbestimmt.